

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 34 (1955)  
**Heft:** 5-6

**Artikel:** Die Wahrheit über den Ost-West-Handel  
**Autor:** Oeconomicus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-347013>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

den Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren; unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, das heißt Politiker im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft (das Verschieben der Sowjetkongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiseler-schießungen usw.»

Wenn Rosa Luxemburg heute noch lebte, würde sie diesen Stichworten zufügen: Nationalismus, Militarismus, Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung ehemals unabhängiger Völker, Staatskapitalismus, Abbau sozialer Errungenschaften, Akkordschinderei, Bürokratie, Erstickung der Meinungsfreiheit und ... Schauprozesse!

*Wenn Rosa Luxemburg heute noch lebte ...*

Vermutlich wäre sie jedoch von den Schergen des Usurpators Stalin längst schon vor ein Tribunal gestellt und liquidiert worden. Denn Menschen, welche die Freiheit lieben, werden von Diktatoren nicht ertragen!

## OECONOMICUS

### Die Wahrheit über den Ost-West-Handel

Genf ist seiner Tradition nach nicht nur ein Zentrum weltpolitischer Konferenzen, sondern auch Drehscheibe internationaler Wirtschaftspolitik. Diese Tatsache wird nicht nur durch den Europäischen Wirtschaftsrat der UNO (ECE), der seinen Sitz in Genf hat, unterstrichen, sondern findet in den laufenden Verhandlungen und Tagungen seinen Ausdruck.

Während wir Zeugen sehr bedeutender Verhandlungen um Probleme des GATT waren (Oktober 1954 bis Februar 1955), fand im März 1955 ebenfalls in Genf die Tagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für

Europa ihren Abschluß. Es würde sich nicht lohnen, nachträglich auf diese Tagung noch einzugehen, hätten sich während der Verhandlungen, an denen Vertreter aller europäischen Länder teilnahmen, nicht neue Aspekte gezeigt, die für die Beurteilung der künftigen Entwicklungen auf dem Gebiet des Ost-West-Handels sehr aufschlußreich waren.

Der Ostblock übersah lange Zeit geflissentlich das Bestehen einer UNO-Institution zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Gesamteuropas. Das plötzliche Verlangen der Sowjetunion, eine ECE-Ost-West-Konferenz einzuberufen, kam vor drei Jahren dem Westen daher völlig überraschend. Der Verlauf des ersten und zweiten Zusammentreffens ließ wesentliche Erwartungen auf eine Ausweitung des Handels mit dem Osten sowie auf Erleichterungen seiner Abwicklung zu. Nach fast zwei Jahren mußte der Westen aber enttäuscht feststellen, daß sich im wesentlichen nicht viel verändert hatte.

Für den Osten stehen jedoch politische Erwägungen im Vordergrund, und deshalb nimmt sich aus seiner Perspektive seine Teilnahme an den Gesprächen günstiger aus. Er sieht seit den letzten Tagen Malenkows und seit der Verkündung des «neuen» Stalin-Kurses in der ECE eine geeignete zwischenstaatliche Plattform, die es ihm gestattet, seine geographische Zugehörigkeit zu Europa aus politischen Gründen jetzt noch stärker zu betonen und damit die Entscheidungen des Westens zu beeinflussen.

In der ECE ist Europa unter sich. Unter den zwanzig westeuropäischen Mitgliedern bildet Großbritannien für den Osten die Währungsbrücke zu den Weltmärkten, während die Beziehungen der restlichen Länder zum Ostblock – mit Ausnahme Finnlands – verhältnismäßig gleichartig aufgebaut sind, obwohl jedes Land naturgemäß seine eigenen Probleme und Interessen hat. Die Sowjetunion hielt es in den letzten Jahren für angezeigt oder doch zumindest des Versuches wert, dem Exportdrang der westeuropäischen Länder andauernd die großen Importmöglichkeiten der östlichen Räume verlockend, aber unverbindlich vor Augen zu führen. Sie hat verstärkte wirtschaftliche Beziehungen, je nach politischen Erfordernissen, mit Frankreich, Dänemark, Island, Norwegen, der Türkei u. a. vorgeschlagen. Keinem Beobachter konnte dabei verborgen bleiben, daß es der Sowjetunion in erster Linie darauf ankam, die Bemühungen um eine einheitliche Wirtschaftsgestaltung des Westens zu stören, das heißt insbesondere die Gegensätze zwischen Amerika und Kontinentaleuropa zu fördern.

Das Hauptproblem der Handelstagungen in Genf bildete die Organisation eines funktionierenden Zahlungsmechanismus. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die zufolge der politischen Nachkriegsentwicklung sowohl in der westlichen wie in der östlichen Wirtschaft Platz griffen, erschien eine solche Aufgabe vorerst als unlösbar. Die Ost-West-Handelstagungen gingen nun mit einem überraschenden Angebot der Sowjetunion, Polens, der Tsche-

choslowakei und Rumäniens zu Ende. Diese Staaten haben vorgeschlagen, für gewisse Warengruppen langfristige Handelsabkommen mit westeuropäischen Staaten abzuschließen. Das wichtigste Ergebnis der bisherigen Konferenzen war der einstimmige Beschluß, den Plan eines multilateralen Zahlungsabkommens für den Ost-West-Handel sowie eine Schiedsgerichtsordnung für Handelsstreitigkeiten auszuarbeiten. Sachverständige der beteiligten Regierungen sollten anfangs 1955 in Genf zusammentreten, um die Entwürfe für das Zahlungsabkommen und die Schiedsgerichtsordnung auszuarbeiten. Die Erfahrungen, die der Westen bei der schrittweisen Beseitigung der eigenen Außenhandelsrestriktionen gesammelt hat, haben sich bis jetzt nur bestätigt.

Aufgabe der letzten Jahresversammlung der Wirtschaftskommission für Europa in Genf (März 1955) war, zunächst die Entwicklung des Ost-West-Handels innerhalb des ECE-Raumes für den Zeitraum zu überprüfen, der seit der ersten Beratung vergangen war, und auf Grund letzter Erfahrungen dann nach Wegen zu suchen, die seiner so wünschenswerten Normalisierung förderlich sein könnten. Hierzu war seitens des Sekretariates der Wirtschaftskommission für Europa der «Economic Survey 1954» vorbereitet worden. Das eine Kapitel dieses «Survey» enthielt eine Übersicht und Erläuterungen über die Entwicklung des ECE-Ost-West-Handels im Jahre 1954 und günstige Voraussagen für seinen Ablauf im Jahre 1955, in den anderen wurden eine ganze Reihe von Möglichkeiten aufgezählt, die zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Partnergruppen beitragen und zu einer Ausweitung ihres Handels führen könnten; Kapitel fünf brachte eine interessante Studie über den Handel zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten.

«Survey 1954» stellte im wesentlichen eine freie Wiedergabe des ungefähren Inhaltes früher publizierter Studien der ECE dar: Für das ganze Jahr 1954 gesehen, hätten sich die Importe Westeuropas aus Osteuropa noch weiter gemindert. Ursache hievon waren die geringeren Ausfuhrmengen von russischem Getreide nach Großbritannien und polnischer Kohle nach Schweden; von ersterem mußte die UdSSR angeblich viel an ihre Satelliten abgeben wegen deren Mißernten der Jahre 1952 und 1953. Die Exporte Westeuropas nach Osteuropa dagegen hätten sich im Jahre 1954 erhöht. Zu einem solchen Trugschluß kann man nur dann gelangen, wenn man die gesonderte Stellung Finnlands übersieht; im wesentlichen bewirkte nur seine höhere Ausfuhr nach den UdSSR den bloß durch ein Spiel mit Ziffern ermöglichten Hinweis auf eine – auch dann nur sehr bescheidene – Steigerung der Gesamtausfuhr der westlichen ECE in östliche Richtungen. Finnlands hohes Ausfuhraktivum gegenüber der Sowjetunion hat aber innerhalb des Dreiecks-Ostverkehrs ausgeglichen zu werden; teils durch Warenlieferungen der Satelliten, teils durch Zahlungen der UdSSR in Rubel, Devisen oder Gold. Der gesamte Ost-

handel Finnlands steht allein damit schon außerhalb jenes Rahmens, der der übrigen West-ECE für ihn allgemein gegeben ist. Dann aber wies Professor Gunnar Myrdal, der Generalsekretär der Wirtschaftskommission für Europa, darauf hin, daß bei einem getrennten Vergleich der beiden jeweiligen Jahreshälften 1953 und 1952 sich klar eine Steigerung des Ost-West-Handels im zweiten Semester 1953 zeigte, nicht nur gegenüber dem ersten des gleichen, sondern auch gegenüber dem zweiten des vorhergehenden Jahres; diese Wendung wäre allein der UdSSR zu verdanken gewesen, ihre verdoppelten Holzlieferungen nach Großbritannien hätten zu gesteigerten Bezugsmöglichkeiten aus der übrigen West-ECE geführt, wodurch eine Reihe der ihr zugehörigen Länder zu bedeutenden Vorteilen gelangt wäre, so Dänemark, Holland und die Türkei.

Diese Art der Darstellung geht auf den Kern der Dinge nicht ein; maßgeblich wäre hier die Höhe der konvertierbaren Sterlingguthaben aufzuzeigen, über die der Ostblock in den letztabgelaufenen vier Jahreshälften verfügen konnte und die durch ihn erworbenen Pfundaktiva in einen Zusammenhang mit jenen Räumen zu bringen, aus denen er importierte und mit jenen Waren, die er zu erwerben wünschte.

*Höhe der östlichen Englisch-Pfund-Aktiva:*

	1952		1953	
	Halbjahre		Halbjahre	
	I	II	I	II
Millionen US-Dollar	122	74	62	101
	<hr/>		<hr/>	
	196		163	

Von untergeordneter Bedeutung wäre der Hinweis auf das neuerliche Ziffernspiel, das den Stand des ersten Halbjahres 1952 ganz vernachlässigt und wieder oberflächlich täuschend wirken soll. Allein bemerkenswert wäre, daß Ost-ECE-Staaten im zweiten Halbjahr 1953 erstmalig Pfundbeträge nicht nur im Sterlinggebiet, sondern auch zugunsten von West-ECE-Relationen einsetzten, wo sie Waren einkaufen wollten, die sie mit eigenen Gegenwaren nicht bezahlen konnten; weiter wäre vielleicht daraus zu schließen, daß der Bedarf des Ostblockes nach gewissen Rohstoffen aus dem Sterlinggebiet zwischen dem ersten Halbjahr 1952 und dem zweiten Halbjahr 1953 stark abnahm, da er in Zeitpunkten, wo er wesentlich höhere Pfundaktiva besaß, Zahlungen in Hartwährungen an den West-ECE-Raum nur auf ganz besonders gelagerte Fälle und Waren ganz besonderer Art beschränkt hatte; Warensorten und Zahlungsrelationen erfuhren nun eine Veränderung, aus ihr ergab sich hier und da die mißverständliche und irrige Auffassung, die Oststaaten könnten nun öfter auch in Hartwährungen bezahlen. Diesbezüglich hat sich ihre Gesamtlage eher verschlechtert; es handelt sich nur darum, daß einzelne Ost-



blockstaaten und vor allem die UdSSR in den letzten Monaten aus den verschiedensten und besonders aus politischen Gründen leichter bereit schienen als vorher, Pfundguthaben im kontinentalen ECE-Raum einzusetzen, und dies vor allem für Lebensmittel; daraus allein ergab sich eine gewisse bescheidene Steigerung der Exporte der West- nach der Ost-ECE im zweiten Halbjahr 1953 unter gleichzeitiger Minderung der Ostbezüge aus dem Sterlinggebiet.

Weiter behaupteten die ECE-Publikationen: Die Verschuldung Osteuropas an den Westen habe sich auch durch Goldverkäufe gemindert. Über die Entwicklung der Ostschulden mangelte es an halbwegs brauchbaren Vergleichsunterlagen. Dann verwies Professor Myrdal darauf, daß in der östlichen Warenausfuhr das Sortiment ein reichhaltigeres geworden sei, es schließe jetzt auch Erdölprodukte ein. Auch noch so umfangreiche Warenangebotlisten des Ostens können auf den Westen keinen Eindruck machen, solange ersterer sich nicht weit stärker befähigt zeigt, der Bedarfslage und den Konkurrenzverhältnissen auf den westlichen Märkten Rechnung zu tragen; östliche Angebote an Maschinen und industriellen Ausrüstungen können dem Westen nicht die traditionellen Stapelwaren seines Importes, wie etwa Getreide, ersetzen. Angebote auf der Liste Polens, Schweine zu liefern, die es gar nicht hat, weil es kurz vorher in Warschau bemüht gewesen war, sie von Österreich zu erhalten, beleuchten deutlich diese Art von Spiegelfechtereie; ähnlich steht es mit dem Weizen, den Ungarn auf seiner Liste in Genf nannte und den es gleichzeitig in Argentinien für seinen eigenen Bedarf kaufte.

Professor Myrdal meinte ferner, die östliche Wirtschaftspolitik, ausgerichtet auf eine Besserung der Lebenshaltung der Bevölkerung, habe zu einer gesteigerten Einfuhr in Lebensmitteln, Textilien und Schuhen aus dem Westen geführt. Dies trifft nur für die beiden letztgenannten Warengruppen zu; doch wurde gleichzeitig daraus ein jetzt gerne gebrauchter östlicher Propagandaslogan geprägt: «Konsumgüter nach dem Osten.» Er ist sachlich stark übertrieben, klingt aber als Lockruf in westlichen Ohren sehr gut.

Schließlich bezeichnete Professor Myrdal die Aussichten für eine Steigerung des Ost-West-Handels im Jahre 1955 als sehr günstig; die Zahl der Handelsabkommen zwischen ost- und westeuropäischen Staaten hätte sich erhöht, das in ihnen vereinbarte Volumen vergrößert.

Wir aber sagen: Nicht auf die Zahl von Verträgen oder auf ihr Volumen käme es so sehr an, als darauf, daß Osteuropa jene Waren, an denen Westeuropa einen Bedarf hat, dessen Deckung es vielfach zwangsläufig nach anderen Richtungen verlagerte, zuverlässig verfügbar hätte, und zwar in genügenden Mengen, in entsprechenden Qualitäten, zu angemessenen Preisen und mit geeigneten Lieferterminen. Aber in der Atmosphäre dieser ECE-Tagungen schien es als Todsünde betrachtet zu werden, über einen östlichen Warenmangel zu sprechen, auf den alle bisherigen Erfahrungen hinweisen.

Nennenswerte Steigerungen des Handels zwischen West- und Osteuropa können sich aus der bloßen Umwandlung des bisherigen Kompensationsverkehrs in vertraglichen mit Warenlisten nicht erwarten lassen, auch den in letzter Zeit erfolgten Erhöhungen von Vertragsvolumen einzelner Staaten kommt gegenüber der Größenordnung des Gesamtverkehrs eine nur sehr bescheidene Bedeutung zu; überdies minderten wieder andere Staaten – so *die Schweiz* – den Umfang ihrer vertraglichen Vereinbarungen.

Professor Myrdal irrte ganz gewaltig, als er die Erfüllung von Ostverträgen mit 80 bis 90 Prozent angab; einzig Polen bildet eine Ausnahme hinsichtlich der angemessenen Ausnützung abgeschlossener Abkommen; jedoch nicht die UdSSR und die anderen Satelliten. Die Art der Abwicklung des Handelsvertrages der Sowjetunion mit Italien kann hiefür als Schulbeispiel gelten; eine Verdoppelung des Wertvolumens des Verkehrs zwischen den beiden Teilen Europas wäre bereits gegeben, wenn der Osten bloß die bisher abgeschlossenen Verträge voll erfüllen würde; dies müßte theoretisch gerade ihm leicht fallen, weil ihrem Inhalte von seiner Seite angeblich stets starre Planziffern zugrunde liegen. Es gibt keinen West-ECE-Staat, ausgenommen Spanien, der nicht sein möglichstes täte, um seinen Warenaustausch mit Osteuropa zu fördern; zukünftige Warenerwartungen werden schon mit immer höheren Kredithypothesen belastet. Kein einziges Anzeichen aber spricht dafür, daß Osteuropa im Jahre 1955 in gewichtigen Waren an Westeuropa *nennenswert* stärker lieferfähig oder lieferbereit würde als bisher.

Der Gesamteindruck der Bemühungen der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) konnte kaum ein anderes sein als der eines krampfhaften Suchens nach positiven Elementen in der Entwicklung des Ost-West-Handels in Europa während der letzten Jahre sowie ein Mangel an Objektivität, der vielfach in eine einseitige und öfter scheinbar blinde Parteinahme für den Osten ausartete.

Die Unsicherheit über die jeweilige Art der Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR und ihrer Außenhandelspolitik und die Sprunghaftigkeit, mit der dort Kursänderungen aus völlig undurchsichtigen innenpolitischen Gründen ganz plötzlich erfolgen, machte es den Vertretern des Westens schon stimmungsmäßig schwer, an die realen Möglichkeiten langfristiger Abkommen und langfristiger Bindungen an den Osten zu glauben; um so weniger waren sie innerlich bereit, sofort und stärker an Wegen mitzuarbeiten, die zu solchen Zielen führen könnten. Zudem dürften auch die Art des Vorbringens der Themen, ihre Zusammenstellung und meist auch ihr Inhalt ein Gefühl gefördert haben, daß sie entweder stärker östlichen Vorstellungen entsprechen und östlichen Zwecken dienlich seien als westlichen Vorteilen, oder daß sie Fragen anschnitten, die für den Westen gar keine Probleme darstellen, wohl aber für den Osten.

Somit bestand im einzelnen eine jeweils mehr oder weniger klar ausgedrückte westliche Meinung, eine längere Geltungsdauer von Handelsverträgen als die eines Jahres wäre wenig sinnvoll, die Warenlisten müßten doch jedes Jahr erneuert werden, weil sich weder Bedarfsumfang noch Bedarfsdeckung schon so weit stabilisiert haben, um längere Zeiträume zu übersehen. An multilateralen Abkommen über Rohstoffe, wobei eigentlich nur Weizen zur Debatte stand, bestünde kein Interesse; mögliche Schwierigkeiten aus einem vielfach unter Krämpfen geborenen IWA wolle man nicht noch durch ein Ostweizenabkommen vermehrt wissen. Langfristige bilaterale Vereinbarungen über den Austausch bestimmter Waren würden die Freizügigkeit der Entscheidung hemmen, wo und von wem bestens und billigst gekauft werden könnte. Zu diesem Thema gab es aber auch einige positive Stimmen, die sich davon eine Stabilisierung der Märkte und Preisminderungen versprachen. Langfristige Zusicherungen, die innenwirtschaftliche Entwicklung sich ergänzender Sektoren der Wirtschaft für einen möglichst langen Zeitraum aufeinander abzustimmen, wären abzulehnen: Wegen der Gefahren eines erfahrungsgemäß öfteren und stets sehr überraschenden Wechsels des östlichen Wirtschaftskurses und sodann wegen der östlichen Gefahr, bestehende wirtschaftliche Verflechtungen als politische Druckmittel auszunützen. Die Vielfalt von Anregungen handelstechnischer Art, den Warenaustausch zu fördern, wurde bilateralen Gesprächen überlassen oder zu ihrer allgemeinen Behandlung an das ECE-Handelskomitee verwiesen. Im übrigen kann der Osten alle im Westen auch auf dem Gebiete des Handels bestehenden Freiheiten stets nützen, er war aber bisher nicht bereit, in seinen Räumen dem Westen Rechte zuzugestehen. Kein östlicher Vertreter sprach auch nur ein Wort, das auf eine zukünftige Änderung dieses Zustandes schließen ließe.

Auch aus dem Inhalt des diesjährigen ECE «Survey's» ist zu spüren, wie schwierig es war, die Ergebnislosigkeit der Ost-West-Handelstagungen in Worte zu kleiden, die die bisherige Tätigkeit der ECE in Genf auf diesem Gebiete als positive Leistung oder zumindest als erfolgreiche Ansätze zu solchen werten ließen. Allzu deutlich und allzu zweckbewußt werden die Auswirkungen der ECE auf den realen Ablauf der Handelsbeziehungen zwischen Ost und West überschätzt; allzu oft wird eine persönliche Meinung als die einer Mehrheit von Fachleuten dargestellt, die die Praxis östlicher Wirtschaftsführung, östlicher Verhandlungstaktik und östlicher Propagandamethoden aus eigenen Erfahrungen genügend kennen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Erfahrungen, die der Westen bei diesen ECE-Ost-West-Handelstagungen gesammelt hat, auch bei der künftigen Ankurbelung und Stabilisierung des Ost-West-Handels Verwertung finden werden.